

F.D.P.-Ortsverband Morschen

Elzestraße 11

34326 Morschen

Tel. (0 56 64) 3 79

Postwurfsendung

AN ALLE
HAUSHALTUNGEN

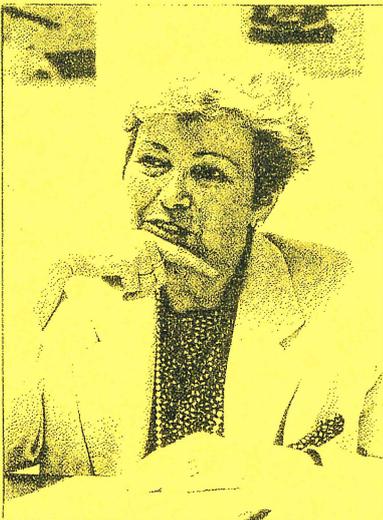
22.11.96

34326 MORSCHEN

LIBERALER BÜRGERBRIEF NR. 21

LIEBE BÜRGERINNEN, LIEBE BÜRGER,

die zunehmend hektischere Diskussion um Steuern, Sozialabgaben und Rentenreform läßt zunehmend die Konturen verwischen, Ursachen und



RUTH WAGNER
Mitglied des Hessischen Landtags
Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion

Wirkungen nicht mehr deutlich werden. Angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland muß es oberstes Ziel sein, wieder an den Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeits-

ten. Wenn die deutsche Wirtschaft - und nur dort - nicht in Verwaltungen, werden produktive Arbeitsplätze geschaffen, im globalen Wettbewerb Nachteile hat, so müssen wir diese abbauen. Die betriebliche Vermögenssteuer läuft aus und über den Wegfall der Gewerbesteuer, die es in keinem anderen Land der europäischen Union gibt, wird verhandelt.

Aber auch bürokratische Verfahren, eine ausgefeilte Genehmigungs- und Bewilligungsbürokratie lähmt unsere Wirtschaft, insbesondere dann, wenn es darum geht, neue Anlagen zu genehmigen. Statt Chancen zu erkennen, werden bei uns die Risiken hervorgehoben. Gentechnologie wird wegen der großen Widerstände zunehmend ins Ausland verlagert. Und Hessen mit seiner rot/grünen Landesregierung spielt hier eine unrühmliche Rolle. Während der Wirtschaftsminister

im Prinzip die Gentechnik lobt, versucht die grüne Umweltministerin wo es geht zu blockieren und zu verschleppen und in ihrem Windschatten tauchen Elemente auf, die Freilandversuche durch systematische kriminelle Zerstörung der Anpflanzungen verhindern. Unsere Steuergesetzgebung ist ein Wildwuchs. Niemand schaut mehr durch. Die anvisierte Steuerreform - mit von der F. D. P. favorisierten einfachen Steuersätzen zwischen 18 und 35 Prozent - muß kommen. Profitieren werden die, die in der Vergangenheit nicht über geschickte Steuerersparnistricks und durch das Herausholen von immer mehr Sondergenehmigungen durch ihre Interessenverbände unser Steuerrecht zu einem Ausnahmekatalog gemacht haben. Ich darf daran erinnern: Die F. D. P. hat eine Anschlußsteuer nach Wegfall des Kohlepennings verhindert, sich für den Wegfall der

Vermögenssteuer für Unternehmen und die Umwandlung der privaten Vermögenssteuer im Rahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer eingesetzt und sie bremst den großen Koalitionspartner dabei, das Heil in der Erhöhung von Verbrauchssteuern zu suchen. Die gleiche Rolle kommt der F. D. P. bei den Kommunalwahlen in Hessen zu. Abbau von Bürokratie, kostenbewußtes Wirtschaften in den Verwaltungen, Zurückschrauben von überzogenen Standards und die Aufgabe zu überprüfen, ob öffentliche Dienstleistungen nicht besser durch Private erledigt werden können, stehen auf dem Katalog liberaler Kommunalpolitiker ganz oben. Die Wohltaten von heute sind die Schulden von morgen. Das unverantwortliche Gestalten von Politik auf Kosten der nächsten Generation hält die F. D. P. für unverantwortlich. Die F. D. P. wird sich immer daran orientieren, wie die Rahmenbedingungen aussehen müssen, damit Wirtschaft und damit Arbeitsplätze entstehen können. Damit überhaupt noch etwas da ist, was hinterher verteilt werden kann. Wenn Sie dies auch so sehen, sollte Ihnen Ihre Wahlentscheidung für die F. D. P. am 02. März 1997 nicht schwer fallen!

BACHSTRASSE BINSFÖRTH EIN EINZELFALL?

Um es gleich vorweg zu sagen, das bedrückende Thema BACHSTRASSE ist leider kein Einzelfall! Vielmehr ist es ein typisches Beispiel dafür, wie wenig der Bürger und seine Anliegen noch gilt! Bereits viele Jahre mit absoluter SPD-Mehrheit haben dazu beigetragen, daß sich die Gemeindegremien von den eigentlichen Bürgerinteressen total entfernt haben. Zielsetzungen wie „Bürgernähe“, rechtzeitige Information und Einbeziehung von Betroffenen und vor allem durchsichtige und konsequente Politik sind unsere Forderungen. Es kann nicht sein - wie in der Bachstraße - sich allein auf juristische Standpunkte zurückzuziehen. Man hat sich restlos festgefah-

ren. Und deshalb hilft nur noch eins und das möglichst rasch: „Die Anliegen des Morscher Bürgers müssen wieder im Zentrum der Politik stehen und verkrustete SPD-Mehrheiten sind aufzubrechen!“ Natürlich wären auch die ungunstigen Verwirrungen zum Thema BACHSTRASSE zu lösen, nämlich über Offenheit und die ungeschminkte Wahrheit. Beispielsweise so: „Jeder Bürger weiß, daß man Leistungen aus dem Gemeinwesen nur empfangen kann, wenn entsprechende Gegenleistungen dagegen gestellt werden. Im vorliegenden Falle sind das die Straßenbeiträge der Betroffenen. - Dies gilt im Sinne der Gleichbehandlung für alle Ortsteile. Und wenn dann noch deutlich gemacht würde, welche Kosten tatsächlich entstanden sind, dann würden sich die Betroffenen nicht länger hinter's Licht geführt und angeschmiert fühlen. Verständlicherweise würde keiner mit Begeisterung zahlen und eher zähneknirschend den Zahlungsaufforderungen Folge leisten. Aber es würde auch keiner mehr gutes Geld für relativ aussichtslose juristische Verfahren riskieren. - Vorausgesetzt bei allem, der Gemeindevorstand würde über seinen Schatten springen, seine informationsmäßige Fehlleistung unumwunden zugeben und den rundherum verunsicherten Anliegern nun endlich einmal reinen Wein einschenken!“

AUS DEN ORTSTEILEN

Neumorschen: In unserer Ausgabe Nr. 19 hatten wir berichtet, daß im Anschluß an die Verkehrschaos im März eine Verringerung der Verkehrsschilder-Flut stattfinden soll. Nachdem dies geschehen ist, muß mit Verwunderung festgestellt werden, daß durchaus auch sehr sinnvolle Regelungen weggefallen sind. - Zum Beispiel in der Mühlenstraße, wo der Wegfall der Einschränkung „Anlieger frei“ einen Durchgangsverkehr zur Folge hat, der eine Passierbarkeit oftmals unmöglich macht! - Ob hier vielleicht zuviel des Guten getan wurde?

Bachstraße Binsförth - ein Einzelfall ???

Um es gleich vorweg zu sagen, das bedrückende Thema BACHSTRASSE ist leider kein Einzelfall ! Vielmehr ist es ein typisches Beispiel dafür, wie wenig der Bürger und seine Anliegen in Morschen noch gilt !

Bereits viel zu viele Jahre mit absoluter SPD - Mehrheit haben dazu beigetragen, daß Bürgermeister, Gemeindevorstand und die dahinter stehende Mehrheitspartei sich von den eigentlichen Bürgerinteressen total entfernt haben. Zielsetzungen wie "Bürgernähe", rechtzeitige Information und Einbeziehung von Betroffenen und vor allem durchsichtige und konsequente Politik sind mittlerweile gänzlich auf der Strecke geblieben.

Fehlverhalten, Falschinformationen und Führungsschwächen werden verdeckt, vertuscht und versteckt, um die desolaten tatsächlichen Verhältnisse ja nicht vor der nächsten Kommunalwahl zugeben zu müssen !

Mit altbewährter Arroganz werden Schreckgespenste an die Wand gemahlt, um die notwendigen Mehrheitsentscheidungen bei den SPD - Genossen zu erzwingen und oftmals leider auch die BÜNDNIS/ GRÜNEN als Koalitionspartner von Wiesbaden zu beeindrucken.

Dabei zählt bei den Verantwortlichen - wie in der Bachstraße - allein der juristische Standpunkt. Die Interessen der betroffenen Bürger und die Art und Weise des Vorgehens sind überhaupt nicht von Belang, denn der Zweck heiligt schließlich die Mittel ! - Und weil alle Mittel recht sind, scheut man noch nicht einmal vor Manipulationen zurück. Diese wiederum, obwohl zum Vorteil der betroffenen Anlieger der Bachstraße, dürfen dann natürlich nicht öffentlich bekannt gemacht werden, weil sonst jeder erkennt, wie die Verantwortlichen in Morschen schon viele Jahre Ihre Politik machen !

Resultat : Man hat sich restlos festgefahren und im eigenen Netz verstrickt. Und deshalb hilft nur noch eins und das möglichst rasch :

"Die Anliegen des Morscher Bürgers müssen wieder im Zentrum der Politik stehen und verkrustete SPD - Mehrheiten sind zu enttarnen und endgültig aufzubrechen !"

- Natürlich wären auch die ungunstigen Verwirrungen zum Thema BACHSTRASSE zu lösen, nämlich über Offenheit und die ungeschminkte Wahrheit. Beispielsweise so :

"Jeder Bürger weiß, daß man Leistungen aus dem Gemeinwesen nur empfangen kann, wenn entsprechende Gegenleistungen dagegen gestellt werden. Im vorliegenden Falle sind das die Anliegergebühren der Betroffenen. - Dies gilt im Sinne der Gleichbehandlung für Altmorschen, Eubach, Heina, Konnefeld, Neumorschen, Wichte und natürlich auch für BINSFÖRTH. - Und wenn dann noch deutlich gemacht würde, welche Kosten tatsächlich entstanden sind, dann würden sich die Betroffenen nicht länger hinter's Licht geführt und angeschiemt fühlen. Verständlicherweise würde keiner mit Begeisterung zahlen und eher zähneknirschend den Zahlungsaufforderungen Folge leisten. Aber es würde auch keiner mehr gutes Geld für relativ aussichtslose juristische Verfahren riskieren.

- Vorausgesetzt bei allem, der Bürgermeister würde über seinen Schatten springen, seine informationsmäßige Fehlleistung unumwunden zugeben und den rundherum verunsicherten Anliegern nun endlich einmal reinen Wein einschenken !"

Aus den Ortsteilen

Neumorschen :

In unserer Ausgabe Nr. 19 hatten wir berichtet, daß im Anschluß an die Verkehrsschau im März, eine Verringerung der Verkehrsschilder - Flut stattfinden soll. Nachdem dies geschehen ist, muß mit Verwunderung festgestellt werden, daß durchaus auch sehr sinnvolle Regelungen weggefallen sind. - Zum Beispiel in der Mühlenstraße, wo der Wegfall der Einschränkung "Anlieger frei" einen Durchgangsverkehr zur Folge hat, der eine Passierbarkeit oftmals unmöglich macht ! - Ob hier vielleicht zuviel des Guten getan wurde ?

Neumorschen :

Die mehrwöchige Verkehrsbehinderung auf der Binsförther Straße zwischen Reesestall und Kindergarten ist gottlob seit längerem überstanden. Grund der Behinderung war die Wasserversorgungsleitung, die in diesem Abschnitt einen wesentlich geringeren Querschnitt hatte, was alle dahinterliegenden Haushalte betraf. - Erfreulicherweise kann jetzt die Versorgung vom Hochbehälter ohne Drucknachteile stattfinden.
